



# SYSTEMRELEVANT NUR IM EINZELFALL

## (Post-)migrantische Organisationen in Zeiten einer Pandemie

Die MigrantInnenselbstorganisationen bzw. (post-)migrantischen Vereine (MSO)<sup>1</sup> stehen im Jahr 2020 vor besonderen Herausforderungen: Durch die rasche Verbreitung des Coronavirus und die Folgen seiner Bekämpfung sind Nationalismus und Rassismus verstärkt zu spüren. Psychisch wirkt sich die Pandemie bei vielen Menschen subjektiv vor allem in Form von Gefühlen der Angst und der Bedrohung aus. In diesem Zusammenhang sprechen SoziologInnen vom Kriegsmodus ohne Krieg, in den die Menschen aufgrund der Krise versetzt wurden. In der Praxis bedeutet das, dass Menschen beginnen, nach Schuldigen zu suchen. Viele politisch rechts orientierte Menschen haben das Gefühl, sie müssten gerade jetzt verstärkt für Ordnung sorgen und gegen Globalisierung und Migration kämpfen. Der dramatischen Situation von geflüchteten Menschen im Ausland sowie der kritischen Lage von Asylsuchenden und Geflüchteten in den Gemeinschaftsunterkünften wird in der Öffentlichkeit kaum Aufmerksamkeit geschenkt.



Moises Gonzalez/Unsplash

**A**ufgrund der Corona-Auswirkungen stehen viele MSO vor einem Abgrund. Die meisten MSO sind auf lokaler Ebene in Vereinen organisiert und arbeiten ehrenamtlich mit stark begrenzten finanziellen Ressourcen. MSO bekommen nur selten Spenden oder staatliche Förderung. Um weitgehende Erfolge auf dem Gebiet der Integration oder der Entwicklungspolitik zu erzielen, versuchen MigrantInnen immer stärker, diverse Organisationen miteinzubeziehen und gemeinsam mit ihnen den Integrationsprozess voranzutreiben. Dabei sind die politischen Mitwirkungsmöglichkeiten für MSO vergleichsweise begrenzt.

### Finanzielle Folgen von Corona

Ein Beispiel aus der Praxis, ein Gespräch zwischen einer MSO und einer Stiftung, belegt die harte Realität. Die MSO ist seit 2008 in Ostdeutschland aktiv, aktuell versucht sie die „Umsetzung der SDGs aus migrantischer Perspektive“ zu begleiten. Die Organisation ist auf das Geld der Stiftung angewiesen. Im Frühjahr sollte die Stiftung entscheiden, ob sie diese MSO weiter fördert und einen Folgeantrag bewilligt. Im telefonischen Gespräch Anfang April 2020 wird sehr deutlich, wie stark die Corona-Situation die Entscheidung beeinflusst: „Ja, wie soll ich es sagen, wir müssen erst an die deutschen Organisationen denken ..., die Migranten sind jetzt kein Thema bei uns. Habt ihr die Nachrichten gesehen? Es gibt noch keinen Impfstoff und bis der nicht gefunden wird, könnt ihr sowieso nichts machen. Natürlich könnt ihr den Folgeantrag an uns schicken, aber sucht lieber nach neuen Finanzquellen.“ Ähnliche Beispiele werden von MSO aus ganz Deutschland gemeldet.

Auch andere Finanzierungsquellen sind den MSO weggebrochen, unter anderem Mitgliedsbeiträge. Viele Mitglie-

der können sich diese schlicht und ergreifend nicht mehr leisten. Sie haben ihre Arbeit verloren oder befinden sich in Kurzarbeit. Andere Mitglieder haben ihr Geld lieber in die Herkunftsländer geschickt, um dort ihre Familien zu unterstützen. Auch mussten zahlreiche Aktivitäten und Veranstaltungen der MSO abgesagt werden. Dadurch konnte kein Geld eingenommen werden. Vor allem im Kultur- und Sportbereich sind die Verluste enorm.

### Politische Arbeit in Pandemiezeiten

MSO als Vereine genossen noch nie viel Aufmerksamkeit. Relevant sind und waren hingegen die MigrantInnen selbst. Viele MigrantInnen gelten als systemrelevant, arbeiten in Bereichen, die bis zum Frühjahr für viele unsichtbar geblieben sind. Seither haben viele von ihnen eine Anerkennung erlebt, die es zuvor nicht gab. Auch Geflüchtete durften arbeiten, zum Beispiel als ErntehelferInnen. Es wurden Diskussionen auf politischer Ebene geführt, die bis zu dem Jahr 2020 kaum vorstellbar gewesen waren, Abschiebungen wurden ausgesetzt.

Das haben viele (post-)migrantische Organisationen thematisiert. Die Hauptrolle dabei haben die Dachorganisationen von MSO übernommen. Sie haben bspw. verstärkt die Situation von Geflüchteten angesprochen:

„Die Pandemie kennt keine Grenzen, Nationalitäten oder Geschlecht. Die rückständigen Kräfte, die seit Langem mehr Abschottung, Nationalismus und die Unterordnung von Frauen\* fordern, nutzen sie jedoch für ihre populistischen Zwecke. Ihre Propaganda trifft auf eine politische Zeit, in der große Unsicherheit herrscht und ‚Zuhause bleiben‘ zum gefeierten Wort der Stunde wird. Aber: Zuhause bleiben ist ein Privileg. Tausende von Menschen werden gezwungen, in Lagern zu leben, weil sie ihr Zuhause aufgrund von Krieg oder Verfolgung verloren haben. Andere müssen weiterhin in unterbezahlten und risikoreichen Bereichen schuften, um die Grundversorgung der Bevölkerung und der eigenen Familie zu ermöglichen. Viele Frauen\* übernehmen – nebenbei – einen großen Teil der zusätzlich anfallenden Bildung, Fürsorge- und Erziehungstätigkeiten und fühlen sich in ein Rollenkorsett gezwängt, das sie zumindest teilweise längst ins 20. Jahrhundert verbannt hatten.“<sup>2</sup>

Die dramatische Situation von Geflüchteten in Deutschland wurde von vielen kritisiert, nicht nur von MSO: „Die Einhaltung eines Mindestabstandes von 1,5 Metern zur Prävention sowie die Quarantäne von Infizierten und ihrem Kontaktkreis sind wirkungsvolle Maßnahmen, jedoch nicht für alle Menschen umsetzbar. So ist die Lage für Geflüchtete in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften dramatisch. Aufgrund der beengten Zustände, den mangelhaften hygienischen Bedingungen und der kaum vorhandenen medizinischen Versorgung, führt das Virus hier zu katastrophalen Zuständen. Die festgelegten Maßnahmen können nicht in beengten Unterkünften [...] gewährleistet werden.“<sup>3</sup>

Trotz der Kritik und Forderungen ist die Situation in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften immer noch unverändert.

Die MSO selbst haben versucht, MigrantInnen und Geflüchtete während der Krise zu unterstützen. Das ist ein ständiger Kampf, auch ohne Corona. Viele (post-)migran-



# Viele MigrantInnen gelten als systemrelevant, arbeiten in Bereichen, die bis zum Frühjahr für viele unsichtbar geblieben sind.

tische Organisationen machen die Erfahrung, dass Politik und Verwaltung nicht reagieren, trotz Forderungskatalogen oder Pressemitteilungen. Zugang zu Politik und Verwaltung ist nicht vorhanden. Der Verein Tutmonde e.V. in Mecklenburg-Vorpommern hat zum Beispiel nach vielen vergeblichen Versuchen, mit PolitikerInnen zu sprechen, eine erfolgreiche, gleichzeitig umstrittene Aktion gestartet. Am 1. April 2020 haben alle Landtagsabgeordneten der demokratischen Parteien während der Landtagssitzung einen selbstgenähten Nase-Mundschutz und Infomaterialien zu den Sustainable Development Goals (Ziele für nachhaltige Entwicklung, SDGs) erhalten. Die Botschaft war: Niemanden zurücklassen! Obwohl MigrantInnen und Geflüchtete keine Vertretung im Landtag haben, waren sie präsent (Zu diesem Zeitpunkt gab es noch keine Maskenpflicht oder vergleichbare Maßnahmen). Die Reaktionen der Landtagsabgeordneten waren unterschiedlich. Es war zu merken, dass so eine Aktion nicht von einer MSO erwartet wurde und viele Abgeordnete zum ersten Mal von den SDGs gehört haben.

## Herausforderungen und die Zukunft der (post-)migrantischen Organisationen

Die Angst, dass viele (post-)migrantische Organisationen nicht überleben werden, ist berechtigt und groß. Es mangelt an Zugängen zu den Entscheidungsgremien, zu den Corona-Krisenstäben, zu den finanziellen Ressourcen. Hinzu kommt, dass viele der MigrantInnen und Geflüchteten durch die derzeitige Situation retraumatisiert werden. Die Menschen sind psychisch instabil und handeln oft ambivalent. Die Fähigkeit, die Realität als solche anzuerkennen, ist eingeschränkt. Auch Fachpersonal, Behörden und Verwaltungen sind oft nicht in der Lage, adäquat und kompetent darauf zu reagieren. Das Ehrenamt schwächelt.

Was den Organisationen helfen könnte, wäre Zugang zu finanziellen Ressourcen, aber auch eine adäquate Beratung, wie es möglich ist, in der gegenwärtigen Situation weiterzuarbeiten. Auch technische Ausstattung und Informationen in mehreren Sprachen würden den MSO sehr helfen, letztendlich auch die Möglichkeit, Partnerschaften im In- und Ausland abzuschließen und entwicklungspolitisch aktiver zu werden.

„Jede Krise verstärkt ohnehin schon bestehende gesellschaftliche Ungerechtigkeiten und macht diese sichtbarer. Wir betrachten es als eine gemeinsame gesellschaftliche und politische Aufgabe jetzt mehr denn je ein besonderes Au-

genmerk auf diese unterschiedlichen Ausgangsbedingungen zu lenken, gegenzusteuern und für die Zukunft daraus zu lernen. Die Schere zwischen Arm und Reich, zwischen den Geschlechtern und zwischen mehr und weniger Privilegierten darf nicht noch weiter auseinanderdriften.“<sup>4</sup>



Jana Michael

Die Autorin ist interkulturelle Supervisorin, Dozentin und Beraterin zu Diskriminierungs- und Migrationsthemen. In Stralsund und Tschechien hat sie politische Frauenrechts- und Entwicklungsorganisationen mit aufgebaut.

- 1 Für MigrantInnenselbstorganisationen oder (post-)migrantische Organisationen gibt es keine einheitliche Definition. Die MSO unterscheiden sich in ihren Zielen, Aufgaben und Strukturen zum Teil erheblich. In den verschiedenen Aktivitäten bilden sich die unterschiedlichen Bedarfe der Mitglieder ab. Im Fokus der Aktivitäten stehen der interkulturelle Austausch, aber auch die Forderung nach interkultureller Öffnung. Auch die Entwicklungspolitik und Umsetzung der SDGs gehören zu den Hauptthemen.
- 2 <https://www.damigra.de/meldungen/wir-sind-systemrelevant-und-jeden-schutz-wert/>.
- 3 <https://www.damost.de/aktuelles/presse/>.
- 4 <https://www.damigra.de/meldungen/wir-sind-systemrelevant-und-jeden-schutz-wert/>.

# RUNDBRIEF



Forum Umwelt und Entwicklung

3/2020

## NO NEW NORMAL DIE WELT PROBT DEN AUSNAHMEZUSTAND

### **GESUNDHEIT VOR SCHULDENDIENST**

Die globale Corona-  
und Schuldenkrise

› Seite 2

### **ENDSTATION LIBERALISIERTE WELT**

Treibt Corona die  
Probleme des Welthandels  
auf die Spitze?

› Seite 14

### **COVID-19 & DIE KRISEANFÄLLIGKEIT DES GLOBALEN ERNÄHRUNGSSYSTEMS**

Chance für grundlegende  
Veränderungen?

› Seite 17

### **UNTERBEZAHLT, UNPOPULÄR, WEIBLICH**

In der Krise verhärten  
sich Ungleichheiten

› Seite 29

ISSN 1864-0982